

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	20
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	33/2017
		GZ:	OB-KB
Sitzungstermin:	27.03.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Frau Haller-Kindler (OB-KB)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Abschlussbericht UNICEF-Kinderstadt 11/2015 - 11/2016		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 01.03.2017, GRDRs 33/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Der Abschlussbericht ist dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Frau Haller-Kindler geht auf die Historie des Projekts "UNICEF-Kinderstadt Stuttgart" ein und weist in diesem Zusammenhang auf den Abschlussbericht hin. Aus ihrer Sicht sei die Nachhaltigkeit bei einem solchen Projekt entscheidend für die zukünftige Per- spektive. Auf Basis dieses Schwerpunkts berichtet sie im weiteren Verlauf im Sinne der beigelegten Präsentation. Eine große Resonanz sei für das Thema "Kinderrechte welt- weit" entstanden. Mit den Spendengeldern seien drei Projekte unterstützt worden, wo- bei die Porsche AG ein Drittel des Spendenaufkommens von insgesamt 617.876,89 € geleistet hätte.

Ein Projekt in Burundi sei innerhalb der Präsentation nicht erwähnt worden, da trotz Er- reichen der Spendensumme insgesamt die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger nicht gleichermaßen für die Projekte gespendet hätten. Aufgrund der akuten Situation von

Flüchtlingskindern in Stuttgart sei das Projekt "Spielmobil für Flüchtlingskinder in Stuttgart" im Laufe des Jahres erst aufgelegt worden. Dafür sei im Gegensatz zu dem Projekt in Burundi wesentlich mehr gespendet worden. Während der einjährigen Städtepartnerschaft mit UNICEF sei ein Kinderbeirat eingerichtet worden, der die Projekte mitbegleitet und zum Teil initiiert habe. Kinder seien dadurch selbst aktiv geworden - für ihre Kinderrechte und die Kinderrechte weltweit. Zusammenfassend teilt die Kinderbeauftragte mit, die Landeshauptstadt Stuttgart habe sich als Kinderstadt gut präsentiert.

Die Vorsitzende schließt sich den Dankesworten von Frau Haller-Kindler, gerichtet an den Rat, Herrn Latzel, und an die beteiligten Akteure an.

StRin Ripsam (CDU) äußert ihren ausdrücklichen Dank an Herrn Latzel (OB-KB) und Frau Haller-Kindler und lobt die geleisteten Projekte. Sie und StRin Vowinkel (SPD) bedauern, dass "innovative Energieprojekte in Burundi" nicht zustande gekommen seien, und fragen nach einer Möglichkeit der Realisierung.

Frau Haller-Kindler bedankt sich für die wertschätzenden Rückmeldungen und bemerkt zu dem Projekt in Burundi, dieses werde inzwischen mit UNICEF durchgeführt. Die Stuttgarter Unternehmen hätten sich dahingehend geäußert, sich lieber vor Ort in Stuttgart engagieren zu wollen.

Im weiteren Verlauf äußert StRin Ripsam die Bitte, die Fakten - wie Kosten, Zeitraum, Projektbeauftragte, Fördersumme usw. - zukünftig in die Mitteilungsvorlage mit aufzunehmen, was Frau Haller-Kindler zusagt.

StR Winter (90/GRÜNE), StRin Vowinkel und StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PluS) schließen sich der von StRin Ripsam geäußerten Freude an. Die Partizipation der Kinder stellt für StR Winter das Entscheidende im Sinne der Nachhaltigkeit dar. StR Winter, StRin Vowinkel und StRin Halding-Hoppenheit schließen sich dem Dank an die vielen Spenderinnen und Spender und der Bitte, die Fakten in die Mitteilungsvorlage mit aufzunehmen, an.

Die Aktivierung des interkulturellen Kinderfestes begrüßt StRin Vowinkel ausdrücklich. Sie erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach einer jährlichen Wiederkehr und der Finanzierung des Festes. Sie regt eine Beratung in den Haushaltsplanberatungen an. Eine weitere Frage richtet sich nach der Finanzierung des Spielmobils für Flüchtlingskinder über das Ende 2017 hinaus.

Für StRin von Stein (FW), die auch ihre Dankbarkeit gegenüber den Akteuren formuliert, spielt das Greifbare eines Projekts eine entscheidende Rolle, weshalb sie nachvollziehen könne, dass das Projekt in Burundi nicht finanzierbar gewesen sei. Zu den genannten zahlreichen Kontakten und Netzwerken zur Unterstützung von Kinderprojekten, die entstanden seien, interessiert sie deren zukünftige Nutzung.

Die Netzwerke, bemerkt Frau Haller-Kindler, böten auch zukünftig fachliche Unterstützung an. In diesem Zusammenhang unterrichtet sie über ein geplantes Siegel "Kinderfreundliche Kommune" - ein Projekt, das UNICEF zusammen mit dem Kinderhilfswerk durchführe.

StR Klingler (AfD) bekräftigt die genannten Projekte. Allerdings bemängelt er beim "Spielmobil für Flüchtlingskinder", dass nicht sämtliche notleidenden Kinder in Stuttgart

Berücksichtigung gefunden hätten. Generell spricht er sich eher für unterstützende Projekte in den Krisenregionen aus.

Über die Zukunft des Spielmobils würden sich innerhalb der Verwaltung Gedanken gemacht, verdeutlicht die Vorsitzende.

Das Engagement von UNICEF und den beteiligten Akteuren begrüßt Herr Kelle, nachdem er seinen Dank artikuliert hat. Zum Spielmobil äußert er sich als Betreiber desselben, dass die Kinder dadurch leichter eine Heimat finden könnten, da die Spielmöglichkeiten in den Flüchtlingsunterkünften teilweise spärlich ausfielen. Für die Zukunft des Spielmobils über 2017 hinaus werde sich die Stuttgarter Jugendhausgesellschaft einsetzen.

Ergänzend erklärt Herr Titze, dass man sich gemeinsam mit dem Deutsch-Türkischen Forum als Jugendverbände des Stadtjugendrings Stuttgart verpflichtet habe, das interkulturelle Kinderfest weiterhin zu unterstützen. Der Rat, die Porsche AG und die SWSG hätten sich bereits für eine weitere Beteiligung an diesem Fest ausgesprochen, unterstreicht Frau Haller-Kindler.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 33/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
OB-KB
Rechnungsprüfungsamt
 3. GPR (2)
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN